

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 155 (1989)
Heft: 11

Artikel: Zum 26. November 1989 : eine Gewissensprüfung
Autor: Muheim, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-59427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

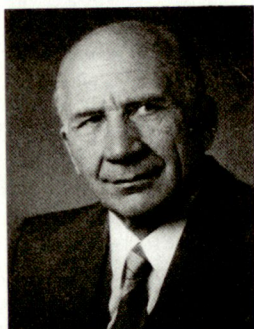
Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum 26. November 1989: Eine Gewissensprüfung

Franz Muheim

Gegenüber der Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» ist strategisches Denken, Einbezug von übergeordneten Aspekten geboten. Nur so wird das Bewusstsein geschaffen, dass es hier um Wichtigstes geht. In diesem Sinne sollen die nachfolgenden Gedanken als Argumente in Gesprächen mit Zweiflern und Verunsicherten dienen. Denn nur wer sein Nein zu begründen vermag, kann andere von der Notwendigkeit überzeugen, die Initiative ebenfalls zu verwerfen.



Franz Muheim,
Bahnhofstrasse 55,
6460 Altdorf;
Lizentiat beider Rechte,
Fürsprech und Notar;
Oberst aD, zuletzt Chef Sach-
gruppe für Strategiefragen
im Armeestab; Urner Ständerat
1971–1987, Mitglied des Exe-
kutivrates UNESCO in Paris.

Einige Kernsätze als Einleitung

Politik ist das Handeln der staatlichen Organe mit dem Ziel, allen Bürgern innere und äussere Freiheit für ihr eigenes selbstverantwortliches Handeln zu gewährleisten. Wer diese freie Entfaltung des Bürgers will, hat hierfür die politischen Voraussetzungen zu schaffen. Diese sind: Ordnung und Friede im Innern, Unabhängigkeit und Friede nach aussen. Ohne die Gewährleistung dieser obersten Staatsziele gibt es weder Wohlfahrt noch Wohlstand, weder Freiheit noch Menschenwürde, weder Bewahrung der nationalen Identität noch Demokratie. Die Armee ist eines der Instrumente des Staates zur Gewährleistung dieser Ziele.

Daher: Der Rückblick in die Vergangenheit zeigt mit unmissverständlicher Deutlichkeit, dass eine ausreichende Verteidigung zu allen Zeiten unverzichtbare Voraussetzung für den inneren Frieden und die äussere Unabhängigkeit war. Warum soll denn diese elementare Erfahrung gerade heute nicht mehr gelten?

Das Überleben der Schweiz

Die Abstimmungsfrage weist über die gewöhnliche Tagespolitik weit hinaus. Ein Ja zur Abschaffung der Armee würde in kaum korrigierbarer Weise die Schweiz endgültig aufs Spiel setzen. Daher erfordert die Entscheidung an der Urne die Einsicht in diese Zusammenhänge und das damit verknüpfte Schicksal unseres Volkes.

Der Bürger und die Bürgerin, Mann und Frau, sind für ihre Armee als Instrument zur Gewährleistung von Wohlfahrt und Wohlstand, Freiheit und Menschenwürde, nationaler Identität und Demokratie persönlich verantwortlich. Niemand kann die Ablehnung der Armee mit seinen schlechten Erfahrungen, mit dem Hinweis auf strukturelle Mängel oder

mit einer Aufzählung der in einem Milizsystem nicht eben seltenen – und auch nicht in Abrede gestellten – grossen und kleinen Pannen rechtfertigen. Jede menschliche Institution hat nun einmal ihre Fehler und Unvollkommenheiten, denen nicht einmal die Armegegner in ihren eigenen Organisationen entfliehen können. Wer die Armee ablehnt, will offensichtlich die heutige Art unseres Zusammenlebens völlig verändern.

Daher: Der Abstimmungsausgang berührt also nicht die eigene private Sphäre. Es wird über die Weiterexistenz unseres Staates entschieden. Der da und dort hörbar gewordene Glaube, man könne die nachteilige Wirkung einer nur knappen Ablehnung der Initiative gegenüber dem Ausland und hinsichtlich des inneren Zusammenhaltes bei Gelegenheit wiederum korrigieren, sieht an der Langfristwirkung dieser Volksabstimmung völlig vorbei.

Innenpolitische Gesichtspunkte

Es ist der gewählte Politiker und das Volk in gleicher Weise, welche das Verhältnis der Armeebelange zu andern Staatsaufgaben bestimmen. Es kann sich dabei vernünftigerweise nicht um eine Politik des «Entweder – Oder», des einen oder des andern handeln. Eine sorgfältige Abwägung der Erfordernisse in den verschiedenen Bereichen wie Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Bildung, Wissenschaft und Sicherheitspolitik usw. ist notwendig, um die Schweiz als ein festgefügtetes Netzwerk zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Wer stattdessen einen einzigen Aufgabenbereich gegen andere, Armee gegen sozialen Fortschritt, Verteidigungsanliegen gegen Umweltverbesserung usw. radikal «ausspielt», bedient sich irreführender, oft ideologisch motivierter Methoden. Die Armee bringt zugegebenermassen für den Bürger äussere Belastungen, wie Lärm (Flieger, Panzer, Motorfahrzeuge, Scharfschiessübungen usw.), Nachtruhestörungen als Folge militärischer Übungen, Behinderung des zivilen Strassenverkehrs, Beeinträchtigung von Grundeigentum und der freien Bewegung in der Natur, nicht zuletzt in Fremdenverkehrsgebieten. Konflikte sind daher möglich. Es ist Sache der Politik, immer wieder den gebotenen Interessenausgleich zu suchen.

Die Armee bringt übrigens auch für die verschiedenen Regionen unseres Landes ungleiche Vorteile und Belastungen. Diese Tatsache ruft ebenfalls nach einer Politik des Ausgleichs. Die Eidgenossenschaft ist jedoch nicht eine rein technokratische Struktur, die einem perfekten Buchhaltungssystem von «Soll und Haben» entspricht.

Schliesslich müssen die politisch Verantwortlichen auch das Mass und die Grenzen der Risiken bestimmen, sind doch solche umso höher, je näher die militärischen Übungen und Einsätze den Erfordernissen eines Krieges angenähert werden. Es stehen Fragen des Verlustes und der Zerstörung von Sachwerten, Risiken der Gesundheit der Wehrmänner und im Letzten sogar die Möglichkeit des Verlustes von Menschenleben auf dem Spiel. Die Politik und die militärische Führung tragen bei diesen Entscheidungen eine moralisch zu untermauernde Verantwortung. Diese schwierigen Aufgaben sind in noch höherem Masse in Krisen- und Kriegszeiten zu bewältigen.

Daher: Die Armee ist in unsere innenpolitischen Gegebenheiten mit aller Selbstverständlichkeit eingegliedert. Das Militärische darf die Politik jedoch nicht beherrschen. Die Armee darf aber auch nicht an den Rand des politischen Entscheidungsprozesses geschoben oder sogar diskriminiert werden. Es gelten auch für sie die anerkannt schweizerischen Grundsätze der sorgfältigen Abwägung aller politischen Notwendigkeiten. Dies ist auf dem Wege des politischen Konsenses zu erreichen.

Aussenpolitische Sicht

Unsere Aussenpolitik hat zum Zweck, die schweizerischen Interessen gegenüber ausländischen Regierungen, fremden Staaten und ihren Völkern zu wahren. Dies geschieht, indem auch deren Interessen beachtet werden. Dies mit der erklärten Absicht, auf dem Wege von Verhandlungen die jeweils notwendigen Interessenausgleiche zu erzielen. Um im grenzüberschreitenden Beziehungsnetz der verschiedensten Politikbereiche wie Verkehr, Justiz, Ökologie, Wirtschaft, Wissenschaft usw. erfolgreich bestehen zu können, bedarf es des geschulten und gekonnten Einsatzes einer immer präsenten Diplomatie. Es ist auch unsere Bereitschaft zu sinnvollen finanziellen Leistungen, beispielsweise für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gefordert. Wir

kennen ferner die Politik der sogenannten «Guten Dienste». (Vertretung des einen Staates beim andern im Falle von Konflikten und bei Abbruch diplomatischer Beziehungen usw.). Schliesslich wissen wir um die friedenserhaltenden Massnahmen und viele andere Aktivitäten aussenpolitischer Relevanz. (Internationale Konferenzen; finanzielle und personelle Unterstützung von Tätigkeiten der UNO usw.).

Diese Aussenpolitik eines Kleinstaates kann jedoch mit Glaubwürdigkeit nur erfolgreich geführt werden, wenn ein Beitrag zur internationalen Stabilität geleistet wird. Dies ist eine unerlässliche Voraussetzung zur Verbesserung der Bedingungen für friedlichere Verhältnisse unter den Völkern. Es ist von unserer Seite jede wirtschaftliche, politische oder militärische Schwäche, welche Drittstaaten zur Intervention, zur Erpressung oder Anwendung von Gewalt einladen könnte, in permanenter Anstrengung zu vermeiden. Die Aussenpolitik verlangt daher unsere Verteidigungsbereitschaft, welche schon vor vielen Jahren zur Gesamtverteidigung im Sinne des koordinierten Einsatzes von Aussenpolitik, Aussenwirtschaftspolitik, Informationspolitik, Staatssicherheitspolitik, Zivilschutz usw. ausgeweitet wurde.

Nationale Eigenständigkeit und internationale Handlungsfreiheit kann auf eine militärisch geschulte Armee als ultima ratio nicht verzichten. Diese ist geradezu das Rückgrat und das Korsett unserer aussenpolitischen Freiheit. Wer sich – wie unser Land – keinen militärischen Blöcken anschliessen will, wer die Verteidigung des eigenen Hoheitsgebietes nicht einem «stärkeren Schutzherrn» anvertrauen will und wer eine unparteiliche Position zwischen verfeindeten Staaten und eine neutrale Haltung gegenüber ihren militärischen Kräften einnehmen will, kann nicht auf eine eigene Armee verzichten. Andernfalls wird das Land zwischen den «militärisch-politischen Blöcken» zerrieben.

Diese elementare Aussage findet ihre deutliche Bestätigung in der Geschichte schlechthin und in den Ereignissen der letzten Jahre an den verschiedensten Orten auf dem Globus im besondern. Wer die heute vor unseren Augen sich abspielenden tragischen Ereignisse, allüberall auf der Welt, aufmerksam und mitfühlend betrachtet, muss das ungeheure Leid sowie die vielfältigen materiellen und menschlichen Opfer zum Anlass nehmen, solches für unser Land mit allen Mitteln zu verhindern und eine Kata-

strophe nicht etwa durch eigene sträfliche Nachlässigkeit zu provozieren.

Daher: Unsere Armee soll durch ihre Existenz und Kampfbereitschaft Dritte von der Anwendung kriegerischer Gewalt gegen unser Land und Volk abhalten. Dabei ist der Wille des ganzen Volkes massgebend. Es zählt nicht nur die Bereitschaft des Soldaten im WK. Eine unabhängige Schweiz und die Chance, durch kriegerische Ereignisse nicht betroffen zu werden, sind unvergleichlich höherwertiger als die Last, die eine kriegsbereite Armee uns allen, den Wehrmännern und den Frauen, den Alten und den Jungen, an Opfern und Verzicht abfordert.

Der weltpolitische Wandel

Die während der 40jährigen Nachkriegsperiode festgefügt Grossmachtpositionen der USA und der Sowjetunion sind auf dem «Weg zu einer offensichtlichen Erosion». Die beiden Grossmächte haben mit ihrer militärischen Macht, mit dem Besitz der Atombombe und mit ihrer weltumspannenden Interventionspolitik die Nachkriegszeit bestimmt. Russland hatte die Weltrevolution auf dem Papier geschrieben und wollte offenbar seinen Herrschaftsbereich über grosse Teile der Welt direkt und indirekt ausweiten. Die Vereinigten Staaten waren mit bedingungsloser Entschlossenheit angetreten, um «Freiheit, Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung» mit allen Mitteln zu bewahren. Zu diesem Zweck haben die USA ein globales finanzielles, politisches und militärisches Engagement zum zentralen Anliegen ihrer Aussenpolitik gemacht. Heute zeigen sich in beiden Ländern innere Probleme und äussere Schwierigkeiten. Es ist an die nicht unbedenklichen Defizite in ihren Staatshaushalten und im aussenwirtschaftlichen Bereich zu denken. Das amerikanische Volk verlangt bessere Berücksichtigung sozialpolitischer Postulate und bessere Schulung und Ausbildung seiner Jugend. Die Grossmacht Sowjetunion sieht sich den unüberhörbaren Ansprüchen ihres Volkes nach Gewährleistung einer minimalen Versorgung mit den lebenswichtigsten Gütern gegenüber. Nationalitätenfragen und religiöse Fundamentalismen verschärfen ihre Lage.

Es muss vermutet werden, dass sich die beiden Supermächte im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte auf ihre ei-

gentlichen Kernterritorien zurückziehen. Ihre weltweiten Engagements dürften massiv abgebaut werden. Beide Staaten werden die Kosten ihrer bisherigen Superrüstung neu überprüfen. Die gewaltige Truppenpräsenz im europäischen Raum steht schliesslich heute schon im Mittelpunkt der Verhandlungen im Schosse des KSZE-Prozesses. Zwischen USA und Europa wird die Kostenverteilung für die militärische Bereitschaft der NATO zu einem Dauerbrenner werden. Völlig ungewiss ist jedoch, wohin diese historische Wende weist. Nur illusionäre Phantasten und politische Verführer können behaupten, den Weg und die Ziele genau zu kennen und daher den Abbau aller Spannungen zwischen USA und Sowjetunion prophetisch voraussagen zu können.

Daher: Wenn die zwei Grossmächte und ihre militärischen Blöcke im Zuge weltpolitischer Entwicklungen zu einer wirklich «nichtangriffsfähigen» Verteidigung übergehen sollten, dann wäre unsere reine Defensivarmee dieser grundlegenden Änderung schon längst vorausgeeilt: Die Schweizer Armee kann weltweit geradezu als Prototyp dienen.

Ein neues Europa

Auch in Europa ist eine geschichtliche Wende im Gang. Die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft verstärken ihre Zusammenarbeit und entfalten eine gewaltige Dynamik. Zwar sind zurzeit vor allem wirtschaftliche Fragen im Vordergrund. Es zeichnen sich am Horizont jedoch Entwicklungen ab, die auf eine EG mit eigener Aussenpolitik hinweisen. Aussenpolitik ohne kongruente Sicherheitspolitik gibt es nicht. Militärische Macht ist auch für eine Staatengemeinschaft wie die EG unverzichtbar, solange andere Mächte der Welt ihre Interessen, die in erschreckender Weise einander diametral gegenüberstehen, mit eigener militärischer Macht untermauern.

Die sechs Länder der EFTA und nicht zuletzt ihre neutralen Mitglieder, Finnland, Schweden, Österreich und die Schweiz, werden durch die EG-Dynamik herausgefordert, auch wenn von diesen ihre konkreten Ziele erst schrittweise umschrieben und die Wege hiezu nur zögernd gegangen werden können.

Ferner: im westlichen Satellitenvorland der Sowjetunion tun sich Dinge, welche die Annahme rechtfertigen, dass sich eine noch ungewisse

Periode einer «Neugruppierung in Europa» ankündigt.

Es gehört zu den Binsenwahrheiten, dass Zeiten «des Wandels und der Wende» mit Ungewissheiten, Unsicherheiten und Risiken angereichert sind. Regierungen und Völker sind plötzlich mit völlig neuen Situationen konfrontiert. Es bedarf zu ihrer erfolgreichen Bewältigung einer gewaltigen Standfestigkeit. Der Schweizer Bürger hat seinen Sinn für geschichtliche Vorgänge zu schärfen, seine intellektuelle Kraft zu vorsichtiger Analyse der Ereignisse zu stärken und von sich selbst Offenheit sowie kritische Hinterfragung in gleichem Masse zu fordern.

Die Erosion der dominierenden Stellung der Supermächte, ihr möglicher Rückzug aus weltumspannenden Verpflichtungen und die Entwicklungen im gesamteuropäischen Raum sind offensichtlich vernetzt und müssen als wahrscheinliche Bestimmungsgrössen der Zukunft angesehen werden: Die 40 Jahre Nachkriegszeit gehen zu Ende. Viel Neues und vor allem ungewisse Zeiten kündigen sich an. Wie sollte unser Land in einer derart labilen Lage mit all ihren Risiken sein eigentliches bewahrendes Instrument, die Armee, auf den Haufen werfen und sich als Kleinstaat dem «Sturm und Wetter» mit bewusster Dummheit – hoffentlich nicht Bosheit – preisgeben?

Daher: In Zeiten des Umbruchs im welt- und europapolitischen Umfeld ist unsere Gesamtverteidigung für die Schweizer Bevölkerung ein selbstverständliches Instrument der Beruhigung und Stabilität. Schliesslich gehört die Sicherung des schweizerischen Territoriums zur Europafähigkeit unseres neutralen Landes, in welcher Form wir auch immer die EG-Herausforderung zu bewältigen gedenken. Hiezu kann nur unsere eigene Armee fähig sein.

Keine Abschaffung ausländischer Armeen

Zwar sind Abrüstungsverhandlungen Teil des erwähnten geopolitischen Prozesses. Von keiner Seite, weder von NATO- noch von WAPA-Staaten, ist jedoch von der Abschaffung der eigenen Armeen etwas zu hören. Im besten aller nur denkbaren Fälle könnte von den Verhandlungen zwischen den Militärblöcken Ost und West erwartet werden, dass deren Armeen auf «reine

Verteidigungsfähigkeit» redimensioniert würden. Wenn der Schweizer als Bürger und als Soldat die Sachlage richtig beurteilen will, dann hat er zudem zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Rüstungsabbau lange Jahre in Anspruch nehmen wird. Nach fachkundigen Aussagen gilt, dass die Vernichtung nur der schon heute vorhandenen chemischen Waffenarsenale aus technischen Gründen mehr als zehn Jahre Zeit beanspruchen würde.

Diesen zu gewissen Hoffnungen berechtigten Entwicklungen steht jedoch furchterregend die weltweit feststellbare Tatsache gegenüber, dass viele im Zuge der Entkolonialisierung selbständig gewordene Staaten im aussereuropäischen Raum konventionelle Armeen mit Milliarden von Dollars aufbauen. Es sollen sogar chemische Waffen beschafft werden, obwohl in Genf über die totale Ächtung derartiger Waffen verhandelt wird. Chemische Waffen werden als «Kampfinstrument des kleinen Mannes» etikettiert. Wer will daher nicht einsehen, dass in der Welt von heute Waffen zu mörderischen Einsätzen jederzeit verfügbar sind? Dieses «Feuer», wo immer es mottet oder lodert, kann jederzeit als Krieg oder als Terror, als indirekte Kriegführung oder als Instrument der Erpressung auf Europa und auch auf die Schweiz überspringen. Vor diesen Tatsachen die Augen zu schliessen, bedeutet in unbegreiflicher Blindheit zu verharren.

Daher: Mittlere und grössere Mächte europaferner Regionen können es sich dank genügend entwickelter Rüstung erlauben, Kriege in ihrer Region zu führen. Diese und andere chaotische Zustände können über Nacht auf unsere Nachbarn und auf unser Territorium wie ein Funke überspringen. Eine Schweizer Armee ist der unverzichtbare Abwehrfaktor gegen jeden Übergriff.

Solidarität als Verantwortung für die Gemeinschaft

Das vielgerühmte Wort «Solidarität» kann aus staatspolitischer Sicht nicht nur den Sinn finanzieller Ausgleichszahlungen, wie progressive Steuern, Solidaritätsbeiträge der AHV, Subventionen usw. haben. Solidarität ist ein moralischer Wert, der für das gesamte Zusammenleben einer Nation Gültigkeit hat. Sollte das Schweizervolk seinen militärischen Schutz völlig aufgeben, dann wären die rechtsstaatlichen und demokrati-

schen Institutionen und das hohe Mass an sozialem Ausgleich grundsätzlich in Frage gestellt.

Wer ferner seinen Mitbürgern zumutet, ausländische Erpressung, fremde Interventionen und Bedrohungen von aussen ohne Gegenwehr zu akzeptieren und die daraus sich ergebenden schweren Folgen passiv zu ertragen, hat den Sinn des nationalen Zusammenstehens überstrapaziert.

Wer die ihm zustehenden demokratischen Rechte und Freiheiten mit vollem Bewusstsein dazu missbraucht, das Machtinstrument des Staates als ganzes abzulehnen, spielt sich im Grunde genommen als «Richter der Nation» auf. Er betrachtet nämlich die Opfer der Vorfahren, die Leistungsbereitschaft und Hoffnungen seiner heutigen Mitbürger und die legitimen Ansprüche und Erwartungen der kommenden Generationen auf eine intakte Schweiz als null und nichtig. Der Vorwurf radikaler Überheblichkeit kann ihm nicht erspart werden.

Es zeigen sich hier unter anderem die fatalen Folgen des in den letzten Jahrzehnten vernachlässigten Geschichtsunterrichts und der verpassten Anleitung zur richtigen Bewertung vergangener Perioden aus den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bedingungen jener Zeiten. Es zeigen sich auch die bösen Früchte eines fehlenden Bewusstseins für die Langfristigkeit aller Vorgänge im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich. Ein Volk, das seine Geschichte als eine überholte quantité négligeable oder sogar als seine zu verachtende Vergangenheit betrachtet, hat keine Zukunft.

Daher: Solidarität verlangt, dass die an eine Selbstaufgabe grenzende Volksinitiative auch aus geschichtlicher Verantwortung heraus verworfen wird. Das Wissen um die politischen, weltpolitischen und machtmässigen Verhältnisse auf der Welt machen diese Abstimmung zu einem Plebiszit für den Willen zur Weiterexistenz der heutigen Schweiz und der zukünftigen Generationen.

Der Zusammenhalt der Bürger und Bürgerinnen

Kein Volk kann ohne inneren Zusammenhalt und ohne Sinn für gemeinschaftliches Zusammenleben auf Dauer existieren. Auch hier geht es nicht um messbare Grössen, sondern um menschliche Werte. Wenn Politik nur noch als Maximierung zahlloser Einzelansprüche und ausschliesslich

als nackte Befriedigung materieller Ansprüche verstanden wird, erscheint die Armee tatsächlich als unnützer Ausgabenposten und als eine überfällige Institution, welche ungerechtfertigte persönliche Opfer abverlangt. Wer – isoliert – nur Fragen der AHV oder Probleme der Ökologie, des Verkehrs- oder der Entwicklungshilfe usw. als sein einseitiges politisches Credo bezeichnet, dividiert das öffentliche Leben auseinander. Er verfällt einem ausgesprochenen Egoismus. Er mutet dem Volk nämlich zu, nur ein einziges Thema, mag es an sich auch noch so wichtig sein, zur ausschliesslichen Richtschnur staatlichen Handelns zu machen. Wenn aber die inneren Zusammenhänge und Bedingungen, die Voraussetzungen, Folgen und Interdependenzen von politischen Einzelentscheiden nicht mehr in die Überlegungen einbezogen werden, dann schwindet das Bewusstsein, eine gesamtheitliche Gemeinschaft zu bilden. Bei einer derart «atomisierten Politik», wie sie in den vergangenen Jahrzehnten in Bund und Kantonen bis zum Extrem vorexerziert wurde, darf man sich nicht wundern, wenn die grossen Werte einer ganzheitlichen Sicht völlig überspielt werden. Der Zerfall des nationalen Zusammenhalts ist diesfalls vorprogrammiert.

Daher: Die Herrschaft des eigenen Ich ist ein totalitärer Anspruch. Er führt zur Unduldsamkeit und schliesslich zu einem nationalen Auflösungsprozess. Sinn und Wesen der Armee im Staatsganzen kann deshalb nur der ergründen und bejahen, der die Notwendigkeit einer zusammenhängenden Politik einsieht.

Friedenspolitik

Es wird von vielen Mitbürgern nicht zur Kenntnis genommen, dass unser Land bereits seit Jahrzehnten eine Friedenspolitik betreibt. Als eigentliche politische Doktrin ist sie seit etwa 15 Jahren und in der Form eines politischen Konzeptes seit mehr als einem Jahr formuliert (Bericht des Bundesrates vom 13. März 1988 über die Friedens- und Sicherheitspolitik als Antwort auf das Postulat Ständerat Muheim vom 8. März 1984). Die einzelnen friedenspolitischen Schritte sind im Blick auf innen- und aussenpolitische Wirkungen sorgfältig zu planen. Ein abtastendes Vorgehen ist erforderlich, wenn die schweizerische Friedenspolitik nicht unvermittelt Schiffbruch erleiden will.

Friedenspolitik hat aber ihre tiefsten Ursprünge in der Friedfertigkeit der Menschen. Wer Zwiespalt sät, Bosheit predigt, Gegensätzlichkeiten fördert, Provokation zum System erhebt und Hass postuliert, kann für sich keine Glaubwürdigkeit verlangen, wenn er eine staatliche Friedenspolitik an die Stelle der Armee als eines Verteidigungsinstrumentes zu setzen vorgibt. Rücksichtnahme, Sinn für Ausgleich, Verständnis für andere Ideen bis hin zum ausgleichenden Kompromiss sind jene Tugenden, welche die Friedfertigkeit fördern. Es gilt auch hier, dass das «im Hause zu beginnen hat», was «im Vaterland leuchten soll».

Daher: Die Friedenspolitik unseres Landes hat Substanz. Sie wird Tag für Tag praktisch gehandhabt. Entsprechend der Entwicklung der Zeit wird noch ein mehreres getan werden müssen. Eines steht jedoch fest: Friedenspolitik und militärische Abwehrbereitschaft sind nicht nur keine Gegensätze, sondern notwendige Komponenten eines grösseren Ganzen.

Armeeabschaffung und Ideologie

Europa hat als Folge des Zweiten Weltkrieges seine weltpolitische Bedeutung weitgehend eingebüsst. Gleichzeitig fand der Prozess der Entkolonialisierung statt, der das Entstehen von etwa hundert neuen Staaten im Gefolge hatte. Der Weltkommunismus wusste diese Lage zu nutzen. Er exportierte die Weltrevolution sozusagen nach allen Kontinenten.

«Sozialismus» wurde zum weltweit attraktiven Begriff für Befreiung, Selbstbewusstsein sowie materiellen Fortschritt. Erst nach einigen Jahrzehnten verblasste dieser Stern. Heute dürfte feststehen, dass die marxistisch-leninistische Doktrin in der Wirtschaft wie auch in der Politik, nach innen und nach aussen, Schiffbruch erleidet. Sie ist offensichtlich kein auf Dauer tragfähiges geistiges, soziales und politisch-ökonomisches Konzept. Es fehlt ihr das «menschliche Gesicht», setzt sie sich doch meistens nur mit totalitären Methoden durch.

Europa und auch unser Land hatten verfehlt, weltanschaulichen Gesichtspunkten und staatsphilosophischen Gedankengängen den ihnen zukommenden Stellenwert zuzumessen. Man betreibt seit Jahren pragmatische Politik. Man will Sachprobleme lösen,

ohne diese in grössere geistesgeschichtliche Zusammenhänge zu stellen. Man beobachtet die Welt, ohne die in ihr wirkenden geistigen Kräfte und die bestimmenden Ideologien zu analysieren.

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» ist auch unter diesen Gesichtspunkten zu beurteilen. Sie ist ohne Zweifel ein reichlich verspäteter Beitrag an die versuchte revolutionäre Umgestaltung der europäischen Staaten. Sie ist auch ein Spätzunder der deutschen Friedensbewegung mit ihrer blauäugigen Kritik lediglich an westlicher Politik in Ländern wie Vietnam, Nicaragua, Afrika usw. In unserem Lande hatte es zunächst mit der Initiative zur freien Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst begonnen; dann kam die Idee eines Finanzreferendums lediglich für Militärausgaben; schliesslich folgte in einer zwar rein ökologisch durchaus verständlichen Zwischenübung die Bekämpfung des Ausbildungsplatzes Rothenthurm. Jetzt steht das Begehren auf totale Abschaffung der Armee als weiterer Schritt in der Reihe dieser politischen Strategie vor uns. Dieser Eskalationsprozess ist ein Musterbeispiel für eine Politik, die sich bewusst oder unbewusst nach geistigen Strömungen ausrichtet, die ausserhalb unseres Landes entstanden sind. Dies alles zu bedenken ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Führungskräfte in Gesellschaft, Kirche, Wirtschaft und Staat, auch hier und heute.

Daher: Philosophische, ordnungspolitische, weltanschauliche und programmatische Überzeugungen liegen jeder politischen Aktion zugrunde. Ob Armee-, Sicherheits-, Wirtschafts- oder Aussenpolitik: immer sind die national oder international herrschenden geistigen Strömungen mit in die Betrachtung einzubeziehen. Armeeabschaffung ist mehr als nur pragmatisches Abwägen von Vor- und Nachteilen. Sie ist Ausfluss einer Ideologie der Zerstörung des Staates und der Schaffung eines Chaos im Innern sowie der Auslieferung an jede Bedrohung nach aussen.

Bergpredigt

In zunehmendem Masse sind Mitbürger von religiösen Überlegungen und theologischen Bewertungen persönlich angesprochen. Daher müssen Hinweise auf die Bergpredigt unbedingt mit in die Beurteilung der Ar-

meeabschaffungsfrage einbezogen werden. Verwirrliche Publikationen wie jene von Justitia et Pax und des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes sowie Erklärungen von Theologiestudenten usw. sind kritisch zu hinterfragen. Hiezu das Folgende:

Seit je glauben Pazifisten, dass nun das Zeitalter der Gewaltlosigkeit endgültig angebrochen sei. Seit Jahrhunderten predigen sie den Verzicht auf die Verteidigung und demzufolge auch auf jeden Schutz der Bürger sowie ihrer geistigen und materiellen Güter. Für sie ging es zu ungezählten Malen – und immer wieder erneut – um die Überzeugung, dass sich die Geschichte nun endgültig zum Guten wandle. Und jedesmal hat der Lauf des Geschehens das Illusionäre dieser Geisteshaltung gezeigt. Die Zeit hat diesen Idealisten – zum Teil auch Ideologen – immer wieder Unrecht gegeben. Mit enormen Opfern materieller, geistiger und seelischer Art mussten derart irregeleitete Völker ihre pazifistischen Fehlschritte teuer bezahlen. Ist diesmal die Schweiz an der Reihe?

Unter den Anhängern der Abschaffung der Armee gibt es sodann solche, die sich auf die Bergpredigt berufen und die absolute Friedfertigkeit als Gebot Gottes postulieren. Wer den radikalen Frieden in der diesseitigen Welt als erfüllbar, ja sogar als bereits vorhanden bezeichnet, verneint jedoch eine andere, wohl grundlegende Aussage, wonach «der Friede nur von Gott kommt». Die gerade in der Bergpredigt geforderte Ergebung des Menschen in den höheren Willen Gottes und die Anerkennung der eigenen menschlichen Schwäche ist zweifelsohne ein Herzstück des göttlichen Wortes: Nur durch Gott und in ihm ist die absolute Friedfertigkeit gegeben. Jene aber, die diesen Frieden bedingungslos hier auf Erden politisch durchzusetzen vorgeben, setzen sich an die Stelle Gottes.

Wer glauben machen will, dass es das Böse auf dieser Welt nicht gebe und dass die Sünde und Erbsünde nicht existieren, lässt keinen Platz mehr für einen Gott, der uns – so ist das Gebet – «aus diesem Tal der Tränen» erlösen möge. Er will die Selbsterlösung und Selbstbefreiung durch den Menschen politisch erzwingen. Die christliche Betrachtung geht jedoch von der Geschöpflichkeit, der Sündhaftigkeit und daher der Erlösungsbedürftigkeit des Menschen aus. Sie akzeptiert als Realität für das persönliche und das kollektiv-staatliche Leben alle daraus sich ergebenden Folgen, wie namentlich Machtmissbrauch und Anwendung von Gewalt.

Die Armee ist in diesem Zusammenhang als ein staatliches Instrument der Machtabwehr im Sinne der ultima ratio zu sehen und ist auch aus religiöser Sicht zwingend gerechtfertigt.

Daher: Wer sich als Christ mit dem Verhältnis der Bergpredigt zur schweizerischen Defensivarmee auseinandersetzt, hat zu beachten, dass unsere Existenz vom Reich Gottes her bestimmt ist. Die Spannung zwischen der diesseitigen und jenseitigen Welt bestimmt unsere Existenz. Wir müssen daher die Unvollkommenheiten und Gefährdungen, Übergriffe und Machtäusserungen bis hin zur Gewaltanwendung als diesseitige Realitäten beachten. Gegen diese sich auf alle Fälle vorzusehen und zu diesem Zweck eine starke Armee zu halten, ist aus religiös-christlicher Sicht geradezu geboten.

Der gesunde Menschenverstand

Es kann nicht übersehen werden, dass zu den Beurteilungskriterien der Armeeabschaffung nicht nur rationale Komponenten gehören. Diese spielen zwar eine keineswegs untergeordnete Rolle. Sie können auch als Argumente durchaus ihren Wert haben. Den Menschen steht jedoch ein Instrumentarium zur Verfügung, das die Dinge aus der zersplitterten Analyse zur Synthese führt. Es ist dies der gesunde Menschenverstand. Der «bonsens» ist eng mit dem Gewissen des Menschen verbunden.

Bei den Gedenkanklässen «Diamant» war überaus deutlich zu erfahren, dass viele unserer Aktivdienstsoldaten die Beibehaltung einer Armee als Selbstverständlichkeit empfinden. Offenbar ist dem Menschen der Sinn für die Rechtfertigung der Notwehr angeboren. Wer sie als ein elementares Menschenrecht auffasst, wird auch die Polizei für die Durchsetzung der inneren staatlichen Ordnung akzeptieren. Aus sicherem Empfinden heraus sagt die innere Stimme des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes zugleich, dass ein Abwehrrecht gegen Beeinträchtigungen seitens Dritter, (Diebstahl, Sachbeschädigung, körperliche Integrität usw.) gegeben sein muss. Mit einer noch grösseren Selbstverständlichkeit ist das sichere Gefühl gegeben, dass jede staatliche Gemeinschaft das Recht zur Abwehr von Krieg, Terror oder anderer Gewaltanwendung haben muss, ganz besonders und mit ruhigem Gewissen

jene, welche ihre Armee nur gegen ungerechtfertigte Übergriffe einzusetzen gewillt sind.

Dem steht seit Jahren eine negative Intellektualisierung unserer militärischen Verteidigungsidee gegenüber. Sie kulminiert in dieser Abstimmungskampagne und erhöht in steigendem Masse die Risiken, dass in die natürlichen, innern Gewissheiten der menschlichen Überzeugung eingebrochen, schlechtes Gewissen eingeredet und Selbstverständliches problematisiert wird, bis schliesslich mit einem Gemisch von falsch fundierten Rationalitäten und Schlagworten verbreitete Verunsicherung entsteht.

Der gesunde Menschenverstand erfasst auch «Heimat» als einen Ort der Geborgenheit. Das ungetrübte Selbstgefühl des Menschen verlangt gebieterisch nach einem «Zuhause-Sein». Daraus fliesst die Selbstverständlichkeit einer «Selbstverteidigung». Die Armeeabschaffer wollen demgegen-

über: innere Verunsicherung und Unzufriedenheit in Permanenz, Pessimismus, Weltschmerz und Weltuntergangsstimmung als Grundgefühl des Bürgers. Beachten wir: Wem es je gelingt, die innere Stimme des Menschen als Gewissensentscheidung zum Schweigen zu bringen und den gesunden Menschenverstand des Bürgers auszulöschen, hat auf seinem Weg zur Systemveränderung und zum immer wieder geforderten «Neuen Bewusstsein des Menschen» das schwierigste Stück schon zurückgelegt!

Daher: Es ist zu hoffen, dass viele Schweizer Bürger und Bürgerinnen ihre Entscheidung auf ihr gesundes menschliches Empfinden abstützen, das die Notwehrberechtigung gelten lässt. Wer in diesem Sinne Selbstvertrauen hat, wird nicht verfehlen, auch auf den «höchsten Gott zu vertrauen» (Rütlischwur aus Schillers Wilhelm Tell). ■

Zum Titelbild

Fliegerabwehrtruppen verfügen über

- Fliegerabwehrlenk Waffen Bloodhound zur Bekämpfung hoch und rasch fliegender Flugzeuge;
- 20-mm-Fliegerabwehrkanonen zum Schutz von Objekten;
- 35-mm-Fliegerabwehrkanonen, allwettertauglich, für den Raumschutz;
- mobile Fliegerabwehrlenk Waffensysteme Rapier zum Schutze der mechanisierten Verbände.

Mit dem kürzlich genehmigten Rüstungsprogramm '89 werden die Einmann-Fliegerabwehrlenk Waffen Stinger hinzukommen. G.

Quelle «Marti: Schweizer Armee 1988»



Trockenluft-Konservierung – senkt Materialerhaltungskosten.

Hohe Luftfeuchtigkeit kann Funktion und Einsatzfähigkeit von modernen Waffensystemen entscheidend beeinträchtigen. Durch konsequenten Einsatz der MUNTERS-Trockenluftmethode lassen sich solche Schäden erheblich vermindern und die Ausfallrate von Komponenten (MTBF) verbessern. Ständige Einsatzbereitschaft bei hoher Funktionssicherheit wird permanent gewährleistet. Materialerhaltungskosten werden durch geringen Aufwand entscheidend gesenkt.

Wir informieren Sie gern.



Munters
Mehr als 20 Jahre Erfahrung
in der Wehrtechnik

Munters GmbH
Birsigstrasse 18
CH-4054 Basel
Telefon 061 / 2 81 27 45-47
Telex CH 964 240
Telefax 061 / 2 81 12 31



Ideen, die Marktvorteile schaffen.

Wir wissen wie. Rufen Sie uns an.

hydor ag

Entwicklung und Konstruktion

Postfach 150, 6000 Luzern 4
Telefon 041/44 69 00, Telefax 041/44 80 92



Wir fahren **JEEP** -und Sie?

für JEEPS der Modelle WILLYS
MB und FORD GPW 1941 bis 1945

**ORIGINALERSATZTEILE
UND ACCESSOIRES**

Vermittle auch beim Kauf und Verkauf von
JEEP aller Modelle DODGE WC, CC und GMC.

STUDER JEEP PARTS

Obergütschrain 7, 6003 Luzern, Tel. 041 42 24 47, Fax 42 24 82

